



Ausschuß für Innere Verwaltung

27. Sitzung (nicht öffentlich)

6. November 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.05 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenographen: Christoph Filla, Walther Hezel (Federführung)

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Achstes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

1

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 12/2124 und 12/2521

Vorlagen 12/1589 und 12/1626

Zuschriften 12/1245, 12/1531, 12/1543, 12/1545, 12/1546 und 12/1548

In einer Anhörung nimmt der Ausschuß für Innere Verwaltung die Stellungnahmen der Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Beamtenbundes und der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände zu der Dienstrechtsnovelle entgegen.

Die abschließende Beratung des Gesetzentwurfs bleibt der nächsten Sitzung vorbehalten.

- 2 **Aktuelle Viertelstunde - auf Antrag der Fraktion der CDU** 8
Thema: "Familienzusammenführung" für homosexuelle Ausländer
- Bericht in der "Welt am Sonntag" vom 06.11.1997

Der Innenausschuß nimmt die erläuternden Darlegungen von Staatssekretär Riotte (Innenministerium) zu dem Thema entgegen und debattiert darüber. - Kein Beschluß.

- 3 **Sechstes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG)** 11

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 12/2250

Auf Antrag der Vertreter der CDU soll zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung der kommunalen Spitzenverbände oder ein Expertengespräch mit ihnen stattfinden. Als Termin hierfür wird der 15. Januar 1998 in Aussicht genommen.

- 4 **Gesetz zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen** 15

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksachen 12/2340 und 12/2445
Zuschrift 12/1370

Der Ausschuß für Innere Verwaltung stellt auf Wunsch der Vertreter von SPD und GRÜNEN die Beratung des Gesetzentwurfs bis zu seiner nächsten Sitzung zurück.

- 5 Verstärkte Bekämpfung der Umweltkriminalität im Bereich der illegalen Abfallentsorgung** 15
Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/2341

Zu dem Antrag sieht der Innenausschuß auf Vorschlag von Heinz Paus (CDU) die Durchführung eines Expertengesprächs oder einer Anhörung in seiner Sitzung am 15. Januar 1998 vor.

- 6 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Laufbahnverordnung** 16
Vorlagen 12/1371, 12/1596 und 12/1597

Der Ausschuß für Innere Verwaltung nimmt den Verordnungsentwurf zur Kenntnis.

- 7 Kriminalpräventive Räte in Nordrhein-Westfalen** 17
- **Überblick über Zahl, Zusammensetzung, Arbeitsmethoden und -ergebnisse**
Vorlage 12/1653
(Bericht des Innenministers)

Die Vertreter der CDU wollen den vom Innenminister mit Vorlage 12/1653 erstatteten Bericht umgehend auswerten. Sich daraus etwa ergebende Fragen werden in einer gegebenenfalls noch anzuberaumenden späteren Sitzung behandelt.

**8 Selbstmord eines Grundschullehrers in Köln - Verhalten von Schulleitung,
Polizei u. a.**

17

Bericht der Landesregierung

Die Ausführungen des Innenministers sowie von Staatssekretär Riotte und Dr. Möller, dem Leiter der Polizeiabteilung des Innenministeriums, zu den Einzelheiten des Falles werden entgegengenommen und eingehend debattiert.

Der Ausschuß ist sich im wesentlichen darüber einig, daß der Polizei aus ihrem Verhalten keine Vorwürfe gemacht werden können. Künftig soll der Fall nach Auskunft der Vertreter des Ministeriums für Schule und Weiterbildung in Fortbildungsveranstaltungen für Schulleiter und Schulaufsichtsbeamte behandelt werden, um eine Wiederholung möglichst auszuschließen. - Der Angelegenheit werde das Schulministerium weiter nachgehen.

Nach Abwicklung der Tagesordnung kommen die Ausschußsprecher überein, ihr zunächst nicht zustandegekommenes Vorhaben einer Türkei-Reise nach Änderung der politischen Verhältnisse im Zielland erneut aufzugreifen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 27. November 1997, 13.30

Die Tagesordnung wird noch bekanntgegeben.

4 Gesetz zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksachen 12/2340 und 12/2445
Zuschrift 12/1370

Vorsitzender Klaus-Dieter Stallmann weist darauf hin, daß Artikel 4 des Gesetzentwurfs inzwischen gegenstandslos geworden sei.

Jürgen Jentsch (SPD) bittet darum, die Aussprache über den Gesetzentwurf zu vertagen, da die Beratungen der Koalitionsfraktionen darüber noch nicht vollständig abgeschlossen seien.

Zu dem Gesetzentwurf habe seine Fraktion eine Reihe von Fragen zu stellen, erklärt **Heinz Paus (CDU)**: Den Innenausschuß betreffen Jubiläumszuwendung, Brandschau, Katastergesetz und Arbeitszeitverordnung. Die CDU müsse das Koalitionsvotum dazu kennen, um zu einer Fraktionsmeinung gelangen zu können.

Die noch nicht geklärten Positionen müßten nach Meinung des **Vorsitzenden Klaus-Dieter Stallmann** in der Sitzung am 27.11.1997 vom Innenausschuß besprochen werden.

Jürgen Jentsch (SPD) wirbt um Verständnis dafür, daß wegen der notwendigen Abstimmung beider Koalitionsfraktionen heute noch keine Beratung erfolgen könne. Eine Vorlage von SPD und GRÜNEN hierzu werde umgehend erstellt und der CDU zugeleitet.

Der **Innenausschuß** sieht die Beratung des Gesetzentwurfs für seine nächste Sitzung vor.

5 Verstärkte Bekämpfung der Umweltkriminalität im Bereich der illegalen Abfallentsorgung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/2341

Vorsitzender Klaus-Dieter Stallmann teilt mit, die Vorsitzenden der mitberatenden Ausschüsse hätten um gemeinsame Erörterung dieses Punktes gebeten. Als Termin hierfür komme der 15. Januar 1998 in Betracht.